

Bielefelder Appell -

Die Pflege wird zum Pflegefall - Appell für mehr Menschlichkeit

Appell der einundzwanzig Mitarbeitendenvertretungen und Betriebsräte aus Einrichtungen und Diensten der Pflege, Betreuung und Begleitung in Bielefeld

Missstände in Kliniken, ambulanten Diensten und Heimen - insbesondere Altenheimen - erreichen seit Jahren immer wieder die Öffentlichkeit. Patienten und Angehörige beklagen sich über nicht ausreichende Betreuung und Begleitung.

Wir, die Interessenvertretungen aus Bielefelder Einrichtungen und Diensten der Pflege, Betreuung und Begleitung stellen fest:

Die in pflegerischer, hygienischer und mitmenschlicher Hinsicht häufig nicht mehr hinnehmbare Verfassung der Einrichtungen ist nicht lediglich Ergebnis von Managementfehlern und schon gar nicht nur Ausdruck individueller Fehler an der Basis.

Heute werden die Missstände in einem Krankenhaus eines diakonischen Trägers öffentlich, morgen vielleicht in den zahlreichen Heimen oder ambulanten Diensten dieses Trägers, übermorgen in einem Altenheim der AWO oder in einer Einrichtung der Lebenshilfe.

Jedem Betriebsrat, jeder Mitarbeitendenvertretung ist der Problembereich bekannt. Jede Interessenvertretung weiß von der nicht mehr ausreichend zu leistenden Versorgung der Kranken oder behinderten Menschen. Jede Interessenvertretung weiß von der großen insbesondere psychosozialen Belastung der Beschäftigten, von alarmierenden Krankenständen. Ihre Zahl liegt im Gesundheits- und Sozialwesen über dem Bundesdurchschnitt, in manchen Berufen und Einrichtungen um 20 bis über 50 % über dem Branchendurchschnitt.

Befragungen liefern Daten, in denen die Mitarbeitenden subjektiv ihre Arbeitsbelastung als sehr hoch und das persönliche Befinden durch die Arbeit als stark eingeschränkt beurteilen. Das Gehalt für die anspruchsvolle Tätigkeit und den Stress bei der Arbeit wird als nicht angemessen beurteilt.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

Hier wird das grundsätzliche Problem einer sich immer mehr verschärfenden Krise aller Einrichtungen der Pflege, Betreuung und Begleitung sichtbar. Es handelt sich in erster Linie nicht um Probleme einzelner Einrichtungen bzw. Dienste. Und: Ursache und Art der Probleme weisen weit über Bielefeld hinaus.

Es geht im Kern darum, welche Prioritäten unsere Gesellschaft setzt, wie viel uns die Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken, sozial geschwächten und behinderten Menschen wert ist. Es geht um eine Politik, die seit Jahren die Weichen so stellt, dass die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Es geht um eine Politik, die ihre Prioritäten nicht in die Rettung „notleidender Menschen“ und eine menschenwürdige Pflege, Betreuung und Begleitung setzt, sondern immer wieder Milliarden in die Rettung „notleidender Banken“ investiert.

Zu kritisieren ist eine Politik,

- die insbesondere durch ungerechte Steuergesetzgebung seit Jahren die kommunalen Haushalte, von denen die Finanzierung unserer Dienste und Einrichtungen weitgehend abhängen, handlungsunfähig macht,
- die ohne Rücksicht auf die Folgen für alte, kranke, sozial geschwächte oder behinderte Menschen in den sozialen Bereichen spart,
- die die Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs ökonomisch stranguliert und sie den Prinzipien von Wettbewerb und Konkurrenz unterwirft,
- die dafür verantwortlich ist, dass den Beschäftigten Tariflohnsteigerungen verwehrt werden, die einen Reallohnverlust verhindern.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

Die Auswirkungen dieser inzwischen 25 jährigen Politik werden immer unübersehbarer. Zunächst kommt es nur hier und da zu Protesten und zur Skandalisierung der unzumutbaren Zustände. Wenn die Auswirkungen dieser Politik erst im großen Maßstab sichtbar sind, wird

es bereits zu spät sein. Deshalb melden wir uns zu Wort - die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in Bielefelder Einrichtungen und Diensten von Pflege, Betreuung und Begleitung. Wir sind zuständig für etwa 13.500 Mitarbeitende in den meisten Einrichtungen und Diensten aus Bielefeld.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

In den sozialen Bereichen von Begleitung, Betreuung und Pflege lassen sich Menschen ausbilden, die mit Menschen arbeiten wollen. Hier arbeiten Menschen, die motiviert und engagiert sind. Motivation und Engagement sind jedoch verletzlich. Wird der Arbeitsdruck zu hoch und die Möglichkeit mit den alten, kranken, sozial geschwächten oder behinderten Menschen ausreichend zu kommunizieren zu sehr eingeschränkt, retten sich manche Mitarbeitende in Überlebensstrategien wie z. B. Dienst nach Vorschrift. Manche Altenpfleger können den Stress bei der Arbeit bereits nach wenigen Jahren nicht mehr ertragen und kündigen.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

Immer mehr Beschäftigte arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen in manchmal über viele Jahre immer wieder befristeten Verträgen, als geringfügig Beschäftigte, in abgesenkten Tarifen oder ohne Grundlage eines Tarifvertrages in frei ausgehandelten Löhnen.

Viele der regulär Beschäftigten arbeiten auf Teilzeitstellen, die es immer schwerer machen, ohne Nebenjob den Lebensunterhalt zu bestreiten. In einzelnen Bereichen arbeitet nur noch ein Fünftel der Beschäftigten auf einer Vollzeitstelle.

Andere Mitarbeitende zerbrechen an der Unmöglichkeit, das tun zu können, was sie fachlich und ethisch tun möchten. Ist Motivation und Engagement jedoch einmal zerstört, hat die Gesellschaft etwas verloren, das nur in jahrelangem Bemühen wieder aufgebaut werden kann - wenn überhaupt.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

Es besteht die Gefahr, dass die Mitarbeitenden in Pflege, Betreuung und Begleitung die Menschen aus dem Blick verlieren und sie nicht mehr verantwortungsvoll begleiten können.

Die Überlastungsanzeigen aus den Einrichtungen und Diensten, mit denen wir konfrontiert werden, weisen darauf hin, dass Mitarbeitende die Verantwortung für ihr Handeln nicht mehr übernehmen können und nicht mehr übernehmen wollen. Sie reagieren mit dem einzigen ihnen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mittel: sie geben die Verantwortung an ihre Leitung zurück und dokumentieren damit: Wir können unter diesen personellen Zuständen keine verantwortungsvolle Arbeit leisten.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen stellen fest:

Begleitung, Betreuung und Pflege können nicht nach ökonomischen Kriterien und nicht nach Modellen des Wettbewerbs und der Profitmaximierung ausgerichtet werden, wie sie in der freien Wirtschaft bekannt sind. Hier geht es um eine gesellschaftliche Aufgabe, finanziert von der Gemeinschaft der Beitragszahlenden, von sozialen Leistungen, die von Menschen an Menschen erbracht werden, die alt, krank, sozial benachteiligt oder behindert und hilfebedürftig sind.

Die Mitarbeitenden - die wir vertreten - sowie die Patient/-innen, Klient/-innen und ihre Angehörigen baden die grundsätzlichen Probleme der Ökonomisierung des Sozialen aus. Wir Interessenvertreterinnen und -vertreter können die Augen nicht mehr länger vor diesen Problemen verschließen.

Wir Bielefelder Interessenvertretungen appellieren zusammen mit Fach- und Berufsverbänden, Angehörigen, Patientinnen und Patienten und Klientinnen und Klienten an Sie, die gewählten und verantwortlichen Vertreterinnen und Vertreter in der Politik:

- **Nehmen Sie die Wirkung Ihrer Politik aus den letzten 25 Jahren in den Einrichtungen und Diensten der Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken, sozial benachteiligten und behinderten Menschen kritisch wahr!**

- **Informieren Sie sich bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Arbeitsbedingungen in den Diensten und Einrichtungen Ihrer Stadt und Gemeinde - in Ihrem Wahlkreis!**
- **Setzen sie sich für eine menschengerechte Pflege, Betreuung und Begleitung ein!**
- **Sorgen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich dafür, dass Begleitung, Betreuung und Pflege finanziell so ausgestattet werden, dass sie den betroffenen Menschen gerecht wird und Menschenwürde garantiert.**
- **Sorgen sie für eine angemessene Bezahlung dieser verantwortungsvollen Arbeit.**

Wir Bielefelder Interessenvertretungen wünschen uns von den Redakteurinnen und Redakteuren von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern, dass sie ihren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen. Berichten Sie nicht nur über die Skandale selbst, sondern auch über die Hintergründe der Skandale - über die Krise der Unterfinanzierung im Sozial- und Gesundheitswesen.

- **Fragen Sie die Politikerinnen und Politiker zu ihren Entscheidungen zur Finanzierung der Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken, sozial benachteiligten und behinderten Menschen!**
- **Lassen Sie sich nicht abspeisen, recherchieren Sie!**
- **Informieren Sie sich bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Auswirkungen dieser Politik in Ihrer Stadt und Gemeinde!**

Der Bielefelder Appell richtet sich an Politikerinnen und Politiker unseres Landes und wurde von folgenden Interessenvertretungen, Betriebsräten und Mitarbeitendenvertretungen aus Bielefelder Einrichtungen und Diensten der Pflege, Betreuung und Begleitung unterzeichnet:

- **Mitarbeitendenvertretungen:**

MAV Bethel.regional vBS Bethel mit etwa	4500 Beschäftigte
MAV Diakonie für Bielefeld im Ev. Johanneswerk	250 Beschäftigte
MAV DiakonieVerband Brackwede	400 Beschäftigte
MAV Sarepta/Nazareth vBS Bethel	600 Beschäftigte
MAV Altenheim Marienstift	100 Beschäftigte
Regionalausschuss Bielefeld der GMAV des Ev. Johanneswerk	680 Beschäftigte
MAV proWerk vBS Bethel	675 Beschäftigte
MAV der Kita Haus Sonnenblume im Ev. Johanneswerk	15 Beschäftigte
MAV Haus Nordpark stationäre Reha-Einrichtung für aus der Haft Entlassene	10 Beschäftigte
MAV der Altenheime Johannesstift	280 Beschäftigte
MAV Altenheim Jochen-Klepper-Haus	130 Beschäftigte
MAV Sozialdienst katholischer Menschen - SKM-Bielefeld e.V.	20 Beschäftigte
MAV Stiftung Ummeln	440 Beschäftigte
MAV des Lutherstiftes	100 Beschäftigte

- **Betriebsräte:**

BR Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS)	700 Beschäftigte
BR Lebenshilfe Bielefeld	250 Beschäftigte
BR AWO Kreisverband Bielefeld	520 Beschäftigte
BR DRK Bielefeld Soziale Dienste gGmbH	275 Beschäftigte
BR Gemeinsam Wohnen	30 Beschäftigte
BR DRK Kreisverband Bielefeld e.V.	500 Beschäftigte
BR AWO Bezirk Ostwestfalen-Lippe e.V.	3500 Beschäftigte

Diese Interessenvertretungen stehen für etwa 13.500 Mitarbeitende in Einrichtungen und Diensten aus Bielefeld.

Wir unterstützen den Bielefelder Appell der 21 Bielefelder Interessenvertretungen regional:

- Angehörigenvertretung im ehemaligen Stiftungsbereich Behindertenhilfe in Bethel.regional
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, Unterbezirk Bielefeld
- Arbeitskreis freiberuflicher rechtlicher Betreuer in Bielefeld (AfB)
- Behindertenbeirat der Stadt Bielefeld
- Bielefelder Sozialforum
- Diakonische Behindertenhilfe Bergheimat e. V. , Lübbecke - Vorstand
- DGB-Region OWL
- DGB-Stadtverband Bielefeld
- Die Diakonie - Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lübbecke e.V. - Vorstand
- Die Diakonie - Pflege- und Gesundheitsdienst gGmbH, Lübbecke - Vorstand
- DIE LINKE Kreisverband Bielefeld
- DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld
- Eltern für Integration e.V., Bielefeld
- Gemeinsam Wohnen in Bielefeld– Aufsichtsrat und Vorstand
- Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS) - Vorstand und Geschäftsführung
- GEW Stadtverband Bielefeld
- Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie - IG BCE Ortsgruppe Bielefeld
- Matthäus Seniorenzentrum Altenhilfe gGmbH, Lübbecke - Vorstand
- Seniorenrat der Stadt Bielefeld
- Soltauer Initiative OWL
- Sozialpfarramt der evangelischen Kirche in Bielefeld
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di Bezirk Bielefeld/Paderborn

Bundesweite Unterstützung erhält der Bielefelder Appell durch das

- Bündnis für Gute Pflege
das von namhaften Organisationen wie Paritätischer, AWO, DRK, Diakonie und Caritas über den SoVD und VdK bis zum DGB und ver.di getragen wird

sowie

- Arbeitsgemeinschaft der MAV´en - Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der MAV´en - Diakonisches Werk Württemberg
- Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit Erfurt (AKS EF)
- Betriebsrat AWO UB Unna
- Betriebsrat des Therapiezentrums Niedersachsen-Bremen
- Bundesverband von Angehörigen- und Betreuervertretungen für Menschen mit Behinderung in diakonischen Wohneinrichtungen und Werkstätten – BABdW
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie - DGSP
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Niedersachsen
- Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union - dju OWL
- Deutscher Berufsverband für Altenpflege DBVA e. V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund - DGB
- Gesamtmitarbeitervertretung der BruderhausDiakonie, Reutlingen
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) im
Ev. Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (VKWA)
- Köln-Ring GmbH, Wohnverbund für Psychisch Kranke und Behinderte in der Stadt Köln

- MAV Behindertenhilfe Leonberg e.V.
- MAV der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
- MAV der Behindertenhilfe Neckar-Alb BruderhausDiakonie, Bad Urach
- MAV Diakonie-Pflege Reinickendorf gGmbH Berlin
- MAV Diakonische Jugendhilfe - DJHN - Region Heilbronn
- MAV Hoffnungstaler Stiftung Lobetal
- MAV Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, LAZARUS Haus Berlin
- MAV im Diakonischen Werk Landshut
- MAV Johanniter-Süd, Haus am Waldpark Ladenburg
- MAV Sonnenhof e.V., Schwäbisch-Hall
- MAV lebenlernen gGmbH Berlin
- MAV Remstal Werkstätten
- MAV Sonnenhof e.V., Schwäbisch-Hall
- Soltauer Initiative
- Verband diakonischer Mitarbeiter Rheinland-Westfalen-Lippe (vkm-rwl)
- Verband Psychiatrieerfahrene - VPE
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di-Landesbezirk NRW
Landesfachbereich 3 - Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
- Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – WGSP